

OFFENER BRIEF

An den
Deutschen Bundestag
Alle Bundestagsfraktionen
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Oktober 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben existentielle Probleme in unserem Land! Die Wirtschaft ist krank, die Energiesicherheit ist Geschichte, die innere Sicherheit hat große Lücken. Der Bundesrechnungshof schlägt Alarm! Dem Staat droht Handlungsunfähigkeit, denn 90 Prozent des Bundeshaushalts seien „versteint“ - schon für zukünftige Ausgaben fest verplant. Es drohe ein reales Staatsversagen, obwohl Deutschland voll von zukunftsweisenden, innovativen Ideen ist. Deutschland verlor in den letzten Jahren auch seinen Zusammenhalt. Die Zivilgesellschaft arbeitet nicht mehr zusammen. Dies zeigt auch die zehnjährige Forschungsarbeit "Deutsche Zustände" unter der Führung Prof. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld. 90 Prozent der Menschen in unserem Land fürchten sozialen Abstieg und Armut. Die Polarisierung der Gesellschaft nimmt zu. **WIR HABEN INZWISCHEN ZUSTÄNDE, DIE KEIN GEMEINWESEN AUF DAUER AUSHÄLT.**

Wir müssen unser Zusammenleben neu entwerfen. Dazu brauchen wir in unserer Gesellschaft eine breite Diskussion über die Einstellung zum Mitmenschen, zur Umwelt und zu den ethischen Fragen des täglichen Lebens. Wir gemeinsam, die Bürger als der Souverän, haben jetzt zu entscheiden, ob das Prinzip der Profitmaximierung, die damit verbundene Machtkonzentration und deren negativer Einfluss auf den Umgang mit unserer Welt und auf unsere Lebensbedingungen weiterhin über das Wohlbefinden der Menschen im Lande gestellt werden. Niemand darf von der Teilhabe am Diskurs ausgegrenzt werden.

Nicht nur nach dem Völkerrecht, sondern auch nach dem Grundgesetz sind wir berechtigt, unser Zusammenleben so zu gestalten, wie wir es möchten. **Das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung ist neben dem Völkerrecht auch im Grundgesetz mit dem Artikel 146 verankert.** Deshalb unterstützen wir mit unserer Unterschrift die Forderung an alle Bundestagsfraktionen: noch in diesem Jahr ein Ausführungsgesetz zum Artikel 146 Grundgesetz in den Bundestag einzubringen und zu verabschieden.

Da das Selbstbestimmungsrecht und damit eine Entscheidungsfreiheit über die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung zusteht, soll das Gesetz lediglich das Verfahren der Verfassungsgebung gewährleisten, das für den demokratischen Ablauf des Selbstfindungsprozesses des Volkes sorgt. Dieses Gesetz soll regeln, dass mindestens ein Jahr lang öffentliche Debatten mit der Einbindung sämtlicher Medien stattfinden. Für eine reife Entscheidung sind faire, sachliche und offene Diskussionen auf der Grundlage nachprüfbarer Fakten und Dokumente unerlässlich.

Das deutsche Volk, von dem originär alle Staatsgewalt ausgeht (s. Artikel 20 Grundgesetz), soll selbst entscheiden, ob das Grundgesetz durch eine andere Verfassungsordnung abgelöst, oder ob es mit oder ohne Veränderungen als Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beibehalten werden soll. Es ist an der Zeit, dass wir die kreative Kraft der Menschen in unserem Land wieder voll ausschöpfen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft schaffen.